21. Wahlperiode

Drucksache **21/5573**

HESSISCHER LANDTAG

19. 11. 2026

WKA

Dringlicher Berichtsantrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Frist zur Sonderkündigung des Zukunftspapiers Plus zum 31. Dezember 2026 läuft bald aus: Wie ist der aktuelle Stand der Gespräche der Landesregierung mit Rhön und Asklepios?

Nach Angaben von Wissenschaftsstaatssekretär Degen in der letzten Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur am 29. Oktober 2026 war für den 11. November 2026 ein weiteres Gespräch zwischen der Landesregierung und den Eigentümern des UKGMs Rhön und Asklepios terminiert. Hintergrund der Gespräche ist unter anderem die Frist für ein Sonderkündigungsrecht des Zukunftspapiers Plus der Eigentümer des UKGMs zum 31. Dezember 2026 (das zum 31. Dezember 2027 wirksam werden würde) und neue finanzielle Forderungen der UKGM-Eigentümer gegenüber dem Land.

Darüber hinaus hat sich vor wenigen Tagen der Betriebsrat der Marburger Ionenstrahl-Therapie Betriebs GmbH mit einem Offenen Brief an Ministerpräsidenten Rhein und Wissenschaftsminister Gremmels gewendet, in dem die Sorge über den Weiterbetrieb des Marburger Ionenstrahltherapiezentrums (MIT) nach dem 31. März 2030 geäußert wird. 2019 hat die Rhön-Klinikum AG die Anteile des Universitätsklinikums Heidelberg am MIT übernommen und im Jahr 2020 erklärt, die Anlage zur Bestrahlung von schwer behandelbaren Tumoren langfristig betreiben zu wollen. Die Rhön-Klinikum AG ist demnach alleinige Gesellschafterin des MIT. Der klinische Betrieb wird vom UKGM getragen. Derzeit läuft mit Simens Healthineers ein Vertrag zur Wartung und Betreuung der hochkomplexen Partikeltherapieanlage, der allerdings zum 31. März 2030 ausläuft.

Die Landesregierung wird ersucht, im Ausschuss für Wissenschaft und Kultur (WKA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

I. Stand der Verhandlungen zwischen Land und UKGM-Eigentümern

1. Welche Personen waren bei dem Gespräch am 11. November von Seiten der Landesregierung beteiligt?

2. Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen bezüglich neuer Forderungen der Eigentümer zu Finanzierungsleistungen des Landes?

3. Wie ist der aktuelle Stand der Verhandlungen für eine spätere Begleichung der vereinbarten Kofinanzierungsmittel des UKGMs, um einen möglichst verzögerungsfreien Abruf der im Zukunftspapier Plus vereinbarten Landesmittel zu ermöglichen? Unter welchen Bedingungen und mit welchen Sicherheiten für das Land?

4. Welche alternativen Möglichkeiten wurden besprochen beziehungsweise beschlossen, wie das UKGM die fehlenden Eigenbeiträge erbringen beziehungsweise anderweitig kompensieren kann? Unter welchen Bedingungen und/oder mit welchen Sicherheiten für das Land?

5. Wurde inzwischen die Möglichkeit der Eigenmittelleistung durch Gewährung von zusätzlichen Eigentumsanteilen an das Land mit Blick auf die Vorgaben der Landeshaushaltsordnung geprüft?
   Wenn ja: Mit welchem Ergebnis?
   Wenn nein: Warum nicht?

Eingegangen am 19. November 2026 · Ausgegeben am 19. November 2026
Druck und Auslieferung: Kanzlei des Hessischen Landtags · Postfach 3240 · 65022 Wiesbaden

6. Welche Kenntnisse liegen der Landesregierung über eine mögliche Sonderkündigung des Zukunftsvertrags Plus von Seiten der Eigentümer des UKGMs zum 31. Dezember 2026 vor?

7. Werden derzeit Optionen zum Rückkauf des UKGMs zwischen Land und Eigentümern erörtert?
Wenn ja: Welche?

8. Sind weitere Gesprächstermine geplant und falls ja, für wann?

II. Zukunft des Marburger Ionenstrahltherapiezentrums

9. Betrachtet sie das MIT als langfristig erhaltenswerte Infrastruktur?

10. Wie viele der im Zukunftsvertrag Plus vereinbarten Investitionen in das MIT in Höhe von 7,5 Millionen Euro sind bereits getätigt?

11. Welche Investitionen stehen wofür und wann noch aus?

12. Wie bewertet die Landesregierung das Ergebnis der 2025 in Auftrag gegebenen Machbarkeitsstudie, wonach ein Weiterbetrieb der Anlage ab 2030 in eigener Verantwortung des MIT mit technischen Anpassungen und der Einführung eines eigenen Qualitätsmanagementsystems mit Kosten in Höhe von circa 50 Millionen Euro verbunden wären?

13. Auf welcher Ebene finden seit wann Gespräche über eine technische, regulatorische und finanzielle Anschlusslösung zum Weiterbetrieb des MIT nach dem 31. März 2030 statt?

14. Wie ist der aktuelle Sachstand dieser Gespräche?

15. Sieht die Landesregierung die Möglichkeit beziehungsweise hat sie die Absicht, die nötigen Investitionen (in Höhe von 50 Millionen Euro) aus Landesmitteln zu tätigen?

16. Wenn ja: Unter welchen Bedingungen?

17. Inwiefern ist eine Übernahme des MIT durch das Land oder zumindest eine Beteiligung durch das Land im Gespräch?

18. Welchen Zeitplan verfolgt die Landesregierung für die Entscheidung über eine Anschlusslösung mit Blick auf die im offenen Brief vom Betriebsrat geschilderten Unsicherheiten und Abwanderungstendenzen bei den Beschäftigten der Marburger Ionenstrahl-Therapie Betriebs GmbH?

Wiesbaden, 19. November 2026

Der Parlamentarische Geschäftsführerin:
Miriam Dahlke